Humanistische Union

Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes

vom 22.12.2005 (BGBl. I, S. 3681)

und beantrage

- 1) die Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Ersten Gesetzes zur Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes vom 22.12.2005 (BGBl. I, 3681),
- 2) die einstweilige Anordnung, dass das unter 1) genannte Gesetz vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über Antrag zu 1) nicht vollziehbar ist sowie
- 3) der Staatskasse die notwendigen Auslagen der Beschwerdeführer aufzuerlegen.

Gerügt wird die Verletzung von Art. 10 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG.

<https://www.humanistische-union.de/thema/verfassungsbeschwerde-gegen-das-erste-gesetz-zur-aenderung-des-zollfahndungsdienstgesetzes/>

Abgerufen am: 29.03.2024